

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 01.07.2019. Weiter teilte er mit, die Fraktion DIE GRÜNEN hätte hinsichtlich ihrer Zustimmung zum Entwurf des Gleichstellungsplans Bedenken geäußert, da der Fachausschuss den Entwurf des Gleichstellungsplans nicht vorberaten habe.

Abg. Steiner bemerkte, man sei der Ansicht, dass der Entwurf des Gleichstellungsplans im Fachausschuss hätte vorberaten werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass in der Folge kein gültiger Gleichstellungsplan existiere, werde man in der heutigen Sitzung zustimmen, wenn künftig eine Vorberatung im Fachausschuss erfolge.

Anschließend übergab der Landrat das Wort an die Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises Brigitta Lindemann, die dem Gremium den Gleichstellungsplan erläuterte.

Nach Berichtsende dankte der Landrat der Gleichstellungsbeauftragten für die Ausführungen.

Abg. Skoda bemerkte, auf Seite 5 des Entwurfes des Gleichstellungsplans stehe das Datum „1948“ hinsichtlich der Entstehung des Grundgesetzes. Die gesetzgebende Versammlung habe erst 1949 getagt.

Anmerkung der Verwaltung:

*Der Satz in der Präambel wird wie folgt geändert:*

*1948/49 haben die „Mütter des Grundgesetzes“ im Parlamentarischen Rat für den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ gekämpft.*

Abg. Krupp sagte, der Bericht sei wie vereinbart in der Sitzung des Personalausschusses vorgestellt worden und dankte Frau Lindemann für die gute Arbeit. Weiter merkte sie an, man begrüße es, wenn sich auf der Dezernentenebene die Anzahl der weiblichen Mitarbeiterinnen erhöhe. Bei der künftigen Besetzung der Dezernentenstelle könne die Verwaltung die Chance wahrnehmen. Darüber hinaus habe Frau Lindemann einen wichtigen Aspekt in der Sitzung des Personalausschusses angesprochen, den sich die Politik zu eigen machen solle. Es gehe hierbei um die Besetzung der Ausschüsse und Gremien, in denen eine zahlenmäßige Ungleichheit zwischen weiblichen und männlichen Mitgliedern bestehe. Man müsse sich zur kommenden Kommunalwahl Gedanken machen, damit die Frauen in den Ausschüssen und Gremien besser repräsentiert seien.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.